

<b>Antrag - Nr. StVV - AT 4/2022 (§ 36 GOSTVV)</b>		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 10.02.2022		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	<b>ja</b>	Anzahl Anlagen: 0

### **Bremerhaven-klimaneutral bis 2045: Was bedeuten die Ergebnisse der Enquete-Kommission für Bremerhaven (GRÜNE PP)**

Die Bürgerschaft (Landtag) hat am 29.01.2020 beschlossen, eine Enquetekommission „Klimaschutzstrategie für das Land Bremen“ einzusetzen. Grundlage des Beschlusses war ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, FDP, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE. Unter Vorsitz der CDU wurde die Kommission mit 9 Vertreter:innen der Bremischen Bürgerschaft und 9 Expert:innen eingesetzt. Hintergrund war, dass das Land Bremen die im Bremischen Klimaschutz- und Energiegesetz vereinbarten Klimaschutzziele (eine Einsparung von 40% im Vergleich zu 1990) nicht einhält. Trotz bereits beschlossener Maßnahmen wird Bremen bis 2020 lediglich ca. 16 bis 20% CO<sub>2</sub>-Emissionen einsparen.

Am 17.12.2021 wurde der Abschlussbericht der Kommission veröffentlicht. Darin wurde beschlossen, dass das Land Bremen sich das Klimaschutzziel setzen solle, seine Treibhausgasemissionen einschließlich der Stahlindustrie bis 2030 um 60%, bis 2033 um 85% im Vergleich zum Jahr 1990 zu reduzieren. Bis 2038 sollten schließlich die CO<sub>2</sub>-Emissionen um 95% abgesenkt werden (bezogen auf die Quellenbilanz). Damit wäre Klimaneutralität erreicht.

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 15.07.2021 auf Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN PP unter Beitritt der SPD-, CDU- und FDP-Fraktionen den Beschluss des Bundestages für ein neues Klimaschutzgesetz und der damit benannten Ziele auf dem Weg zur Klimaneutralität 2045 für Bremerhaven anerkannt und zugleich zugesagt, sich für die Zielerreichung einzusetzen. Zwar ist das Zwischenziel der Bundesregierung für das Jahr 2030 mit einer Reduktion der Treibhausgas-Emissionen um 65% höher als das von der Enquete-Kommission vorgeschlagene Klimaschutzziel für das Land Bremen. Allerdings bleibt das Zwischenziel (eine CO<sub>2</sub>-Reduktion bis 2040 um 88%) und die für das Jahr 2045 angestrebte Klimaneutralität Bremerhavens deutlich hinter den Zielen der Bremer Enquete zurück.

Um die deutlich anspruchsvolleren Reduktionsziele des Landes Bremens zu erreichen, müssen die Menschen in Bremerhaven und Bremen informiert und davon überzeugt

werden, dass alle ihren kleineren oder größeren Beitrag leisten können. Mehrere Mitglieder der Enquete-Kommission haben betont, dass ihre Arbeit am Tagungsort, also in der Stadt Bremen, viel Resonanz in der Stadtgesellschaft erzeugt habe. Zugleich bedauerten sie, dass eine vergleichbare Wirkung in Bremerhaven nicht geglückt sei. Insofern muss die Diskussion über Klimawandel und CO<sub>2</sub>-Reduktion auf kommunaler Ebene nun auch in Bremerhaven stärker geführt werden. Ein wichtiger Ausgangspunkt hierfür wäre der gezielte Informationstransfer über die Ergebnisse der Klima-Enquete-Kommission in die politische Öffentlichkeit der Stadt Bremerhaven. Dabei geht es nicht nur um die wissenschaftliche Expertise, sondern ebenso um ihre politische Reflexion. Letztere lässt sich oft nicht einfach aus Berichten ablesen, sondern ist Teil direkter Diskussionen. Es ist Aufgabe der Politik, entsprechende Prozesse zu initiieren, damit die umfassende Arbeit der Enquete-Kommission nicht nur zum Nutzen Bremens, sondern auch Bremerhavens geleistet worden ist.

Aus diesem Grund möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Vorsitzenden der Enquetekommission zum nächsten Bau- und Umweltausschuss am 30.04.2022 einzuladen.
2. Zur Umsetzung wird das Magistratsmitglied Umweltdezernentin Dr. Susanne Gatti aufgefordert, die Einladung formell umzusetzen.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Claudius Kaminiaz, Michael Labetzke  
und die Fraktion DIE GRÜNEN PP